

# ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

Mai 1936

10 Groschen

## DIE SOZIALDEMOKRATISCH-STALINISTISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT.

I.

Nach monatelangen Verhandlungen haben SP(RS) und Stalinpartei in aller Form eine Aktionsgemeinschaft vereinbart. Sie umfasst den gemeinsamen Kampf für folgende F o r d e r u n g e n:

### 1. Freiheitsrechte für die Arbeiter.

"Uneingeschränktes Koalitionsrecht. Volle Freiheit für alle Arbeiterorganisationen gewerkschaftlicher, politischer und kultureller Art. Rückgabe des geraubten Vermögens der ehemaligen Arbeiterorganisationen. Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit.

In diesem Kampf um die Freiheitsrechte erachten beide Parteien es für Zweckmassig, mit besonderem Nachdruck jene Forderungen zu verfechten, die auf eine rasche und vollständige Wiedereroberung der Gewerkschaftsfreiheit abzielen. Wir kämpfen unmittelbar für freie Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben und staatlichen Unternehmungen".

### 2. Kampf gegen den wachsenden Terror des Regimes.

"Amnestie für alle antifaschistischen politischen Gefangenen. Wiedereinstellung und staatliche Entschädigung aller Februargemassregelten. Aufhebung der Polizeigerichtsbarkeit."

### 3. Sozialpolitische und wirtschaftliche Arbeiterforderungen.

"Aufhebung aller vom autoritären Regime durchgeführten Verschlechterungen in der Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, sowie aller Gehalts-, Pensions- und Rentenkürzungen. Wiedereinbeziehung der Ausgesteuerten in die Arbeitslosenunterstützung und Einstellung aller weiteren Aussteuerungen. Aufhebung aller Lohnkürzungen, die seit der Zerschlagung der freien Arbeiterorganisationen durchgeführt wurden. Gegen die Zwangsschlichtung. Aufhebung der Mietzinserhöhungen. Freistellung von Mitteln für die Arbeitsbeschaffung durch Einschränkung der Ausgaben für die Exekutive und durch die Einstellung der Rüstungsausgaben. Vermehrung der Belegschaften statt Ueberstundenarbeit. Gegen die Kartelle, gegen den Preiswucher, gegen die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Wirtschaftspolitik der Regierung".

### 4. Kampf für alle wirtschaftlichen, ~~und~~ sozialen und kulturellen Forderungen der städtischen Mittelschichten und der Bauernschaft.

"Erlassung aller bis Dezember 1935 aufgelaufenen Steuerrückstände der Hausler, Kleinpächter, Klein- und Mittelbauern, ferner der Kleingewerbetreibenden und der Kleinkaufleute. Entschuldung der Bauernschaft. Revision der Wald-, Weide- und Steuerservituten im Interesse der Gebirgs- und Kleinbauern.

Gegen Kulturreaktion, für die Befreiung des kulturellen Lebens vom Druck des Klerikalismus, für eine freie Schule, für die Freiheit der Meinung und der Wissenschaft." -

Diese Losungen entsprechen im grossen und ganzen den allerdringenden

2

Tagesbedürfnissen der Massen. Der Abschluss der Aktionsgemeinschaft der kleinbürgerlich-"sozialistischen" Partei (RS) und der kleinbürgerlich-"kommunistischen" Partei (KP) zum Kampf für diese Tageslosungen muss daher auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse als Schritt vorwärts begrüßt werden. Es ist selbstverständlich, dass die proletarischen Revolutionäre den Kampf der zwei verbündeten kleinbürgerlich-radikalen Parteien für diese Losungen mit aller Kraft u n t e r s t ü t z e n !

II. Höchst auffallenderweise schweigt sich jedoch das gemeinsame Aktionsprogramm der RS-KP vollständig aus über das gemeinsame politische Hauptziel, zu dem der gesamte Kampf für diese Losungen geführt werden soll. Das, worüber sich die zwei Parteien geeinigt haben, ist in Wirklichkeit ein Aktionsprogramm von F o r d e r u n g e n, die die zwei Parteien gemeinsam an das autoritäre Regime richten... Mittels Organisierung von Massenaktionen, insbesondere durch Steigern von Betriebskonflikten bis zur Auslösung von Streiks wollen die zwei verbündeten Parteien das herrschende Regime zwingen, diesen Forderungen stattzugeben. Das heisst: die offene kapitalistische Diktatur soll nach dem Aktionsprogramm der RS- KP weiter erhalten bleiben, sie soll lediglich gezwungen werden, die Forderungen der verbündeten zwei Parteien zu erfüllen...

Die Losung des Sturzes der schwarzgrünen Diktatur wird vom sozial - demokratischen-stalinistischen Aktionsprogramm überhaupt n i c h t gestellt!!

Das ist beileibe kein Zufall, sondern ist wohlüberlegte, raffinierteste Form, die die zwei kleinbürgerlich-liberalen Parteien ausgeklügelt haben, um ihr wirkliches politisches Hauptziel den Arbeitermassen zu verbergen und sich freie Hand zu sichern, die Arbeiterschaft in Zukunft wiederum preiszugeben, aufs neue zu verraten.

RS und Stalinpartei sind beide in Wirklichkeit kleinbürgerlich-demokratische Parteien: ihr wahres und einziges Ziel ist in Wirklichkeit die Erkämpfung der "Volksregierung" (der "Volksfrontregierung"), das ist die Wiederherstellung der kapitalistischen Demokratie und nichts anderes. Sie sind überhaupt nicht für die proletarische Diktatur, sie sind in Wahrheit G e g n e r der Diktatur des Proletariats. Allein um zu Macht und Pfründen zu gelangen, um sich in den Sattel zu werfen, benötigen sie die Kampfkraft der Arbeitermassen. Doch ein bedeutender Teil der Masse des Proletariats ist seit der Feberkatastrophe ehrlich und ernstlich revolutionär gestimmt. Gerade diesen kampftüchtigsten Teil der Arbeiter würden sie von sich abstossen, wenn sie offen zugeben, dass es ihnen nur um die Wiederherstellung der kapitalistischen Demokratie geht und um nichts anderes. Durch Verschweigen ihres politischen Hauptziels suchen die zwei verbündeten, in Wahrheit kleinbürgerlich-demokratischen Parteien die Arbeiter einzufangen, die sie ansonsten durch scheinrevolutionäre, schwindlerische Komplimente vor der Diktatur des Proletariats zu betrügen sich bemühen.

Diese Form des Schwindels - des Schwindels durch Schweigen - ermöglicht es ihnen zugleich, sich um die Grundfrage zu drücken, auf die ein Aktionsprogramm zweier wirklich proletarisch-revolutionärer Parteien unumgänglich Antwort geben müsste: um die Grundfrage des Verhältnisses zur Bourgeoisie.

Die ununterbrochen vorgetriebene Rauboffensive des Monopolkapitals plündert die Arbeitermassen und die Mittelmassen in Stadt und Dorf; aber sie bedroht in weiterem Verlauf selbst die wirtschaftlich schwächeren Teile der Bourgeoisie. Diese linksbürgerlichen Elemente suchen dann zu ihrem Schutz gegen die monopolkapitalistischen Angriffe das Bündnis mit Kräften, die bereit sind, mit ihnen zusammen links k a p i t a l i s t i s c h e Politik zu treiben. Die kleinbürgerlich-"sozialistische" Partei und die kleinbürgerlich-"kommunistische" Partei (Stalinpartei) sind solche Kräfte, sind Kräfte, die das Bündnis mit linkskapitalistischen Elementen suchen, anstreben, wollen, ja darum kämpfen. Das Ziel ihres Kampfes ist keineswegs der Sturz der Bourgeoisie, keineswegs die Zerschmetterung der kapitalisti-

schen Staatsmaschine zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, sondern ist einzig und allein die Zusammenarbeit, das Bündnis mit Linkskapitalisten. Dazu wollen sich die zwei verbündeten kleinbürgerlichen Parteien die Hand offen lassen. Darum schweigen sie über diese Grundfrage. Sie wollen die Kampfkraft der Arbeitermassen ausnützen, um sich auf deren Rücken eigenstüchtig emporzuheben. Dann werden sie durch kleinbürgerliches, linksbürgerliches Handeln die Arbeiterschaft neuerlich zersetzen, neuerlich in den Abgrund führen.

III. In aussenpolitischer Beziehung will die Aktionsgemeinschaft der RS-KP den Kampf führen für folgende Losungen:

"Loslösung Oesterreichs von der Kriegspolitik Italiens. Kampf gegen jede nationale Richtung, die Oesterreich in die Gefolgschaft der nationalsozialistischen Machthaber des deutschen Reichs und ihrer imperialistischen Bestrebungen zu bringen sucht. Kampf gegen die Restaurationsversuche der Habsburger. Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion. Für eine wirtschaftliche Annäherung der Donaustaaten unter Ausschaltung aller Einflüsse der faschistischen Grossmächte Italien und Deutschland. Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion. Aussenpolitische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit den an der Aufrechterhaltung des Friedens interessierten demokratischen Westmächten und mit der Kleinen Entente."

Was aber dann, wenn die (kapitalistisch)-demokratischen Westmächte im Bündnis bleiben mit dem faschistischen Italien - was durchaus möglich - was dann?!....

Was dann, wenn englischer und französischer Imperialismus gegeneinander stehen, Krieg gegeneinander führen - was durchaus möglich - was dann?!....

Zu den "demokratischen Westmächten", die (als satte imperialistische Räuber) "an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert sind", gehören zur Zeit noch auch die nicht minder "demokratischen" Vereinigten Staaten von Amerika. Was dann, wenn die amerikanische "Demokratie" in Krieg gerät mit der englischen "Demokratie" - was durchaus möglich - mit welcher der "Demokratien" gedenken es dann die zwei verbündeten kleinbürgerlich-demokratischen Parteien RS-KP zu halten?!....

Was dann, wenn im Verlauf des unmittelbar bevorstehenden zweiten imperialistischen Weltkrieges das imperialistische Frankreich das Bündnis mit der Sowjetunion preisgibt - was durchaus möglich, ja wahrscheinlich ist - was dann?!....

Was dann, wenn im Verlauf des zweiten imperialistischen Weltkrieges die kapitalistische Gegenrevolution, der die Stalinbürokratie so gut den Boden ebnet, die Macht in Sowjetrußland an sich reisst, was dann?!....

Was dann, wenn in diesem kritischen Moment das russische Proletariat seine alte revolutionäre Kraft wiederfindet, die kapitalistische Gegenrevolution zerschmettert und deren stalinische Bodenbereiter zum Teufel jagt, was dann?!....

Und was schliesslich, wenn die Bourgeoisie aller Länder darauf antwortet mit der allimperialistischen Kriegseinheitsfront zur gewaltsamen kapitalistischen Liquidierung der Errungenschaften der Oktoberrevolution in Rußland, um auf Kosten des proletarischen Staates die imperialistischen Gegensätze für einige Zeit zu überwinden, was dann?!.... Dann werden die Sozialpatrioten in England, Frankreich usw. mit ihrer Bourgeoisie gehen und - die "revolutionär-sozialistischen-kommunistischen" Sozialpatrioten in Oesterreich werden ebenfalls mit ihrer Bourgeoisie gehen gegen ein Sowjetrußland, das vom Wege des stalinischen Verrates zurückgerissen wird auf den Weg Marx-Lenins, auf die Bahn der proletarischen Weltrevolution.

Man braucht nur einige dieser Fragen aufzuzeigen, vor die eine gar nicht ferne Zukunft die Arbeiterklasse stellen wird, und die ganze Haltlosigkeit und Verlogenheit der aussenpolitischen Orientierung der sozialdemokratisch-stalinistischen Aktionsgemeinschaft tritt vom proletarischen Klassenstandpunkt zu Tage.

Wahrhaft proletarisch-revolutionäre Parteien müssen in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine von jeder Bourgeoisie, von jedem kapitalistischen Staat vollkommen unabhängige, selbständige Politik treiben, im Frieden und im Krieg, nach innen und nach aussen: sie dürfen mit keiner Bourgeoisie, mit keinem kapitalistischen Staate aussenpolitisch "zusammenarbeiten", sei die Bourgeoisie faschistisch, bonapartistisch oder demokratisch. Sie dürfen in keinem kapitalistischen Staate den revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie einstellen, sei dieser auch im Bündnis mit der Sowjetunion. Nur so können sie die imperialistischen Gegensätze im Interesse der proletarischen Revolution ausnützen, nur so können sie die Errungenschaften der Oktoberrevolution in Sowjetrußland wirksam verteidigen, nur so dienen sie der Weltrevolution. Die Arbeitermassen müssen ausnahmslos in allen kapitalistischen Staaten - auch in den mit Sowjetrußland verbündeten - den proletarisch-revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie, zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats beharrlich, unbeugsam fortführen, nur so verteidigen sie wirklich die Sowjetunion als proletarischen Staat, nur so führen sie wirksam den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu dessen Umwandlung in die internationale proletarische Revolution.

Indem die "Revolutionär-sozialistische" und die "Kommunistische" Partei auf die aussenpolitische "Zusammenarbeit" mit den (kapitalistisch)-demokratischen Westmächten ausgeben, zeigen sie auch durch diese ihre aussenpolitische Orientierung ihre in Wirklichkeit linkskapitalistische Grundeinstellung, die mit der proletarischen Revolution gar nichts zu tun hat, sondern in Wahrheit deren Gegner ist.

IV. Beide Parteien sind in allen Grundfragen durchaus einig, also zur Einigung reif, zu der es über kurz oder lang unvermeidlich kommen wird. Wie das Aktionsübereinkommen ausdrücklich ausspricht, bestehen zwischen ihnen nur noch in der Schutzbundfrage und in der Frage der Unterstützungsorganisationen Meinungsverschiedenheiten. Es geht dabei im Wesentlichen um das Ringen der beiderseitigen Bürokratie (und der beiderseitigen Kandidaten, die in die Bürokratie aufzusteigen streben) um den Einfluss in der kommenden kleinbürgerlich-"sozialistischen-kommunistischen" Einheitspartei. Um dieses eigensüchtigen bürokratischen Ringkampfes wegen halten sich die beiderseitigen bürokratischen Kliquen das Recht zur "sachlichen Diskussion" offen....

Dass keine der zwei verbündeten Parteien daran denkt, ihre kleinbürgerliche zu proletarischen Einheitsfront umzuwandeln, umzuzwingen, dafür ist ein untrüglicher Beweis vorhanden: beide Parteien sind vollkommen einig darin, dass nur das Bündnis der RS und der Stalinpartei "Die Einheitsfront" sei; das heisst: beide Parteien sind felsenfest entschlossen, wirklich proletarisch-revolutionäre Gruppen zu dieser "Einheitsfront" nicht zuzulassen, geschweige denn sie darin zu dulden. Das Bündnis RS-KP ist eine Einheitsfront unter bewusster Ausschaltung der proletarisch-revolutionären Gruppen; es ist eine Einheitsfront zum Erkämpfen des Bündnisses der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratien mit linkskapitalistischen Elementen. Mit einem Wort: diese "Einheitsfront" hat gar nichts zu tun mit einer proletarischen Einheitsfront; die Aktionsgemeinschaft der RS-KP ist eine kleinbürgerliche Einheitsfront, eine Einheitsfront für Kleinbürgerliche, linksbürgerliche, letzten Endes kapitalistische Zwecke.

V. Dennoch ist die Aktionsgemeinschaft der zwei kleinbürgerlich-demokratischen Parteien ein Schritt vorwärts auch vom proletarisch-revolutionären Standpunkt. Um die Arbeitermassen für die Kleinbürgerlich-demokratischen Zwecke auszunützen, sind die zwei kleinbürgerlich-radikalen Parteien gezwungen, die Arbeitermassen und Teile der Mittelmassen in Stadt und Dorf zum Kampf gegen die bonapartistische Diktatur tatsächlich zu mobilisieren. Womit sie auch dazu beitragen, dass die Anziehungskraft des

gaunerisch-demagogischen National"sozialismus", dieses Vorkämpfers der faschistischen Diktatur, auf die Massen geschwächt wird.

Die sozialdemokratisch-stalinistische Aktionsgemeinschaft ist - ungewollt, ja gegen ihren Willen - ein Schritt vorwärts auch vom Standpunkt der revolutionären K l ä r u n g der Arbeiterschaft. Für kleinbürgerliche Zwecke setzen die zwei verbündeten Parteien die Massen in Bewegung, in Kampf. Doch gerade in der Bewegung, im Kampf werden die ihnen folgenden Massen an der Hand immer neuer Erfahrungen den in Wirklichkeit kleinbürgerlichen Charakter der zwei sich als proletarisch-revolutionär vorschwindelnden Parteien erkennen lernen.

Zunächst zwar werden die grossen Massen mit neuen, verstärkten Illusionen dem kleinbürgerlich-demokratischen Kampf verfallen. Doch derselbe Kampf wird im weiteren Verlauf der scheinrevolutionären Schaumschlagerei der beiden Parteien immer deutlicher deren kleinbürgerliches, letzten Endes k a p i t a l i s t i s c h e s H a n d e l n entgegenstellen. Die Konfrontation mit den T a t s a c h e n wird die zwei kleinbürgerlichen Parteien des Schmarotzens an der proletarischen Kampfkraft vor den kämpfenden Arbeitermassen je weiter desto mehr e n t l a r v e n.

Die Illusionen, die die sozialdemokratisch-stalinsche Aktionsgemeinschaft in den Massen zunächst hervorrufen, ja ~~zuwächst~~ verstärken wird, wird den Kampf der proletarischen Revolutionäre vorübergehend erschweren. Dessen ungeachtet müssen und werden die proletarischen Revolutionäre den Kampf der Aktionsgemeinschaft der RS-KP für die im ersten Kapitel genannten Tageslosungen mit aller Kraft u n t e r s t ü t z e n. Aber sie müssen und werden das zugleich verbinden mit der geduldigen Aufklärung der Massen. Sie müssen und werden vermittels ihrer proletarisch-revolutionären K r i t i k den Massen die in Wahrheit kleinbürgerlichen, linkskapitalistischen Positionen der beiden Parteien, die Unzulänglichkeit dieser Positionen vom proletarischen Klassenstandpunkt stets an der Hand der neuen Tatsachen, der neuen Erfahrungen aufzeigen. Sie müssen und werden zugleich diese ihre Kritik stets verbinden mit der beharrlichen proletarisch-revolutionären P r o p a g a n d a für die wichtigsten proletarisch-revolutionären Kampfziele:

Für den Sturz der Bourgeoisie durch das Zerschmettern der kapitalistischen Staatsmaschine, auch der (kapitalistisch)-demokratischen Staatsmaschine

Für die Aufrihtung der proletarischen Staatsmaschine, für die Diktatur des Proletariats.

Für die entschädigungslose Enteignung der kapitalistischen Grossbetriebe durch den proletarischen Staat.

Für die entschädigungslose Enteignung der Grossgrundbesitzer und der Grossbauern. Für die entschädigungslose Aufteilung ihres Acker-, Wiesen-, Weiden-, Almbodens- auf die landarme Dorfbewölkerung. Umwandlung besonders geeigneter landwirtschaftlicher Grossbetriebe in landwirtschaftliche Musterbetriebe des proletarischen Staates. Aller Wald in die Hand des proletarischen Staates.

Andauerndes wirtschaftliches und kulturelles Fördern der Kleinbürger in den Städten und der Kleinbauern in den Dörfern. Wirtschaftliche und kulturelle Sorge auch zugunsten der Mittelbauern.

Für die entschädigungslose Enteignung des Kirchenvermögens. Mittels dessen Finanzierung grosser Investitionsarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wozu auch gehört der entschädigungslose Aufbau der Wohn- und Wirtschaftsgebäude für die so geschaffenen rund hunderttausend neuen kleinbäuerlichen Hufen.

Für die planmässige, allmähliche Organisierung der Wirtschaft in der Richtung auf den Sozialismus, Kommunismus.

Für die planmässige, allmähliche Liquidierung der Klassen.

Für die Ausbreitung der proletarischen Diktatur über den ganzen Erdball, für die proletarische Weltrevolution!

In der Handführer lebendigen Erfahrungen müssen wir den Arbeitern geduldig, beharrlich immer wieder aufzeigen, dass die proletarisch-revolutionären Kampfziele niemals verwirklicht werden können durch kleinbürgerlich-radikale Parteien, mögen sie sich auch noch so schei(revolutionär tarnen, sondern einzig und allein durch die proletarische Klassenpartei, durch die proletarische Klasseninternationale, die noch nicht bestehen und ebendarum geschaffen werden müssen, durch die Vierte Internationale (unter konsequenter Ablehnung des trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei).

Vi. Zum viertenmal seit der deutschen, zum drittenmal seit der österreichischen Katastrophe erleben wir den Ersten Mai als Tag der Erniedrigung. Noch immer sind die Massen im Abgrund, in den die SP (die zum Täuschen der Massen die Firma RS angenommen hat) und die Stalinpartei mit ihrem jahrelangen Zersetzen der proletarischen Klassenkraft die Arbeiterschaft gestürzt hat.

Doch schon sind erste Zeichen zu sehen, dass die Massen aus der durch SP(RS)/KP verschuldeten Lethargie wieder zu erwachen, sich zu rühren beginnen. Wiederum suchen SP(RS)/KP sich den Massen parasitisch auf den Nacken zu setzen, sie auf kleinbürgerliche, linkskapitalistische Bahn zu verführen.

Im Angesicht des unmittelbar bevorstehenden zweiten imperialistischen Weltkriegs ist die SP(RS) drauf und dran, die Massen zugunsten des Imperialismus (der kapitalistisch-demokratischen Westmächte und der nicht weniger imperialistischen Kleinen Entente auf das imperialistische Schlachtfeld als Kanonenfutter zu schicken. Die Stalinpartei tut dasselbe; von ihrem verräterischen "Sozialfaschismus" ist sie zum verräterischen Sozialpatriotismus der SP(RS) übergesprungen. Beide Parteien sind bereit einem k a p i t a l i s t i s c h e n Oesterreich, sofern es sich in die Front des französisch-tschechischen Imperialismus einreicht und der sozialdemokratisch-stalinschen Bürokratie wenigstens jene bescheidene Bewegungsmöglichkeit gibt, die die sozialdemokratische Bürokratie im ersten imperialistischen Weltkrieg unter den Habsburgern hatte, die Arbeitermassen auf die kapitalistische Kriegsschlachtbank zu liefern.

Das Proletariat darf nicht mehr Dünger sein für tausendfältige Früchte, die die kapitalistischen Banditen an sich reißen!

Das Proletariat darf nicht mehr Wurzeln sein kleinbürgerlicher Schmarrotzerparteien, die sich auf dem Rücken der Arbeiter zu eigensüchtigem Vorteil emporschwingen wollen, um dann die Kampfkraft der Arbeiterklasse wieder zu zersetzen und sie aufs neue in den Abgrund zu führen!

Das Proletariat muss endlich sein Schicksal selbst in die Hand nehmen!

Das heisst:

1. Die Arbeiterklasse muss sich unbedingt und ein für allemal von der Bourgeoisie trennen, muss unbedingt und ein für allemal (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) jedes Bündnis seiner Partei mit der Bourgeoisie oder Teile derselben g r u n d s ä t z l i c h ablehnen, muss jede Partei, die ein solches Bündnis anstrebt oder gar schliesst und sich als Arbeiterpartei ausgibt als Verratspartei brandmarken. Die proletarische Klassenpartei, die einzig wirkliche Arbeiterpartei darf im Verhältnis zur Kapitalistenklasse, mag diese sich faschistisch, bonapartistisch, demokratisch verhalten, nichts kennen als den konsequenten proletarischen Klassenkampf. (Der proletarische S t a a t kann Bündnisse mit kapitalistischen Staaten schliessen zum Ausnutzen der imperialistischen Gegensätze; doch muss er trotzdem auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution weiter geführt werden und nicht auf der Linie einer rein russisch nationalorientierten Politik; insbesondere darf durch diese Bündnispolitik den kommunistischen Parteien in den mit dem proletarischen Staat verbündeten kapitalistischen Staaten keine Bindung auferlegt werden, die ihr proletarisch-revolutionäres Handeln hemmt, ja hindert).

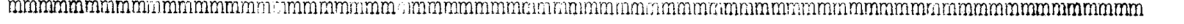


2. Die Arbeiterklasse muss sich unbedingt und ein für allemal p a r t e i m ä s s i g vom Kleinbürgertum trennen: sie muss sich die proletarische Klassenpartei schaffen im Gegensatz zu den kleinbürgerlich-"sozialistischen"-("kommunistischen") Parteien. Die proletarische Klassenpartei muss die Arbeiter aus der Gefolgschaft der in Wahrheit kleinbürgerlich-radikalen, kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wie SP(RS), KP lösen und zu sich überleiten.

Das schliesst nicht aus sondern begreift in sich die wirklich p r o l e t a r i s c h e Einheitsfront, das heisst die Einheitsfront der proletarischen Revolutionäre, der proletarisch-revolutionären Gruppen, der zu schaffenden proletarischen Klassenpartei mit den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, denen mit kleinbürgerlichen Illusionen erfüllte Arbeitermassen noch folgen.

So ruft der 1. Mai 1936 den Arbeitern eindringlich die Aufgabe aller Aufgaben zu:

Erkennt die Notwendigkeit der Schaffung der proletarischen Klassenpartei! Helft mit, sie zu schaffen!



S t r e i f l i c h t e r .

Die Revolution von 1931 in Spanien blieb dank der kleinbürgerlichen Politik der spanischen SP und KP für die Arbeiterklasse vollkommen unausgenutzt. Binnen kurzem war die Gegenrevolution wieder oben. Nun haben die Massen die offene kapitalistische Diktatur gestürzt. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt und kämpfen mit höchster Anstrengung, um den kapitalistischen (staatlichen und ausserstaatlichen) Machtapparat zu zertrümmern. Allein sie werden gehemmt durch SP und Stalinpartei, denen die Koalition mit der spanischen Linksbourgeoisie über alles geht. Die Stimmzettelschlacht in Frankreich, das russisch-französische Bündnis ist ihnen wichtiger als die proletarische Revolution in Spanien, die das Signal wäre zu einer neuen proletarisch-revolutionären Welle über ganz Europa und zur Verteidigung der Sowjetunionmehr beitragen würde als alle stalinschen Pakte. Nach dem Muster der österreichischen SP von 1918 begnügen sich die spanische SP-KP, einige Spitzenänderungen durchzuführen und ansonsten die Arbeitermassen durch scheinrevolutionäre Kunststücke nach dem Muster von Adler-Bauer-Deutsch zu tauschen.

\* \* \*

Die schwarzgrüne Diktatur hat die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Längstens im Herbst sollen die ersten Jahrgänge einberufen werden. Alle Kommandostellen bis hinunter zum Gefreiten sollen mit geeichten Heimwehrlern und Ostmärkern besetzt werden. So sollen die Arbeiter gezwungen werden zum Kampf mit den Waffen für den kapitalistischen Staat, für die Bourgeoisie.

Die gegenwärtige kapitalistische Wehrmacht verdankt die Arbeiterschaft der SP. Dass die Bourgeoisie nun daran gehen kann, die Arbeiter mittels der allgemeinen Wehrpflicht zum Kriegsdienst für den kapitalistischen Staat zu pressen, das dankt das Proletariat der durch SP (gegenwärtige Firma: RS) und Stalinpartei verschuldeten Feberkatastrophe.

Die proletarischen Revolutionäre werden die sozialdemokratisch-stalinistische Zellenarbeit im kapitalistischen Heer unterstützen. Doch werden sie keinen Augenblick vergessen, dass die SP(RS)/KP das kapitalistische Heer zu unterstützen bereit sind, sofern die österreichische Bourgeoisie sich einreicht in die imperialistische Front Frankreich-Kleine Entente. Sie werden keinen Augenblick vergessen, dass diese zwei kleinbürgerlich-radikalen Parteien (auch deren kommende Einheitspartei) die künftigen Verbündeten sind der österreichischen Bourgeoisie, sobald diese wieder einmal zum demokratischen Pferd wechselt; dass dann beide Parteien die kapitalistische Demokratie in Oesterreich den Arbeitern wieder als "Unser Land",

"Unser Vaterland", "Unsere Republik" und das kapitalistisch-demokratische Heer dem Proletariat als "Unser Heer", "Unser Volksheer" hinstellen werden, für das sie verpflichtet seien sich aufzuopfern. Die proletarischen Revolutionäre werden im kapitalistischen Heer in den kleinbürgerlich-radikalen Zellen mitarbeiten, aber sie für die proletarisch revolutionäre Arbeit im kapitalistischen Heer zugleich ihre eigenen, nach allen Richtungen hin geheimen proletarisch-revolutionären Zellen im kapitalistischen Heer organisieren.

\* \* \*

Der Phönixskandal stinkt zum Himmel. Schwarze, grüne, aber auch braune führende Politiker und Organisationen haben Riesensummen eingestreift. So wichtig das ist, es ist nicht das Wichtigste. Gewiss wurden viel grössere Summen verspekuliert. Aber dass auf diese Weise 250 Millionen S verspielt worden sein sollten, wozu noch 80 Millionen S in CSR kommen, das ist sehr unwahrscheinlich. Dass die Prämienreserve unbedeckt war, war seit langen Jahren ein bekanntes Geheimnis. Es scheint, dass in der Hauptsache etwas ganz anderes vorliegt.

Die bonapartistische Klique, die so viel Gold zu ihrer Selbstbereicherung, für ihre Korruption, für die Heimwehr, für die Ostmärker braucht, steht vor leeren Staatskassen. Die Steuerschraube hat sie so gründlich angespannt, dass ein weiteres Steigern riskant ist. Da lag der Gedanke nahe, das Ausplündern mittels Steuern zu ersetzen durch eine Ausplünderung der Versicherten, der Versicherungsangestellten mittels eines "Krachs von oben". Was zugleich den Vorteil bietet, so und so viele Heimwehr- und Ostmarkstreiber mit so und so vielen Posten "beruhigen" zu können. -

"Die leichtsinnige, tolpatschige, kopflos durchgeführte Sanierung schädigt das ganze Versicherungsgewerbe, den österreichischen Kredit, die ganze Wirtschaft auf das schwerste", klagt ein Flugblatt der illegalen Freien Gewerkschaften, die bekanntlich von einer "revolutionäresozialistisch"-stalinistischen Leitung geführt werden.

Daraus geht hervor, dass nach wie vor nicht die Interessen der Arbeiterklasse, sondern die Interessen des (kapitalistischen) Versicherungsgewerbes, des (kapitalistischen) Kredits, der (kapitalistischen) Wirtschaft der Ausgangs- und Zielpunkt sind der RS/KP und der von diesen geführten illegalen Freien Gewerkschaften.

Daraus geht hervor, dass die von RS/KP geführten Freien Gewerkschaften die Sanierung des "Phönix" nicht so "leichtsinnig, tolpatschig und kopflos" durchgeführt hätten, sondern mit altbewährter sozialdemokratischer Klugheit - so etwa wie die SP (jetzt RS) und die von ihr geführten Gewerkschaften seinerzeit die K r e d i t a n s t a l t mitsaniert haben... ("Alle Klassen müssen opfern!").

Nur den äusserlichen Aufputz, nur den Köder haben SP(RS)/KP geändert, ansonsten sind sie dieselben Schwindel-, Verratsparteien wie der vor der Feberkatastrophe.

\* \* \*

"Der österreichische Klerikalismus macht nicht österreichische Politik sondern vatikanische", bedauert die AZ (Nr.4). Die SP(RS) sehnt sich nach einem österreichischen Klerikalismus, der österreichische (kapitalistische) Politik macht, das heisst nach einem koalitionsbereiten Klerikalismus.

\* \* \*